

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 39 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 27. September 1912

Inhalt: Beitragszahlung. — Bekanntmachung der
Tarifkommission für die Lederwarenbranche. — Streit-
notizen. — Die Volksfürsorge und die Arbeiter. — Sitzung
der Schlichtungskommission für das Portefeuilles- und
Reiseartikelgewerbe in Offenbach a. M. — Aus Industrie
und Handel. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekannt-
machung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen.
— Sterbefälle. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten
Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag
in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 29. Sept. bis 5. Okt. ist
der 40. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Bekanntmachung d. Tarifkommission für die Lederwarenbranche.

Die Gaulteilungen und Ortsverwaltungungen
werden dringend ersucht, die ihnen zugesandten
Fragebogen auszufüllen und so schnell wie mög-
lich an den Obmann der Branche Hermann
Weinschild, Berlin SO. 16, Brücken-
straße 10b, einzuliefern.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in
anderen Städten sich zuvor bei der dortigen
Ortsverwaltung zu erkundigen.

Offenbach a. M. Die Militäreffekten-
fabrik (Firma Maurz) ist gesperrt.

Die Volksfürsorge und die Arbeiter.

So betitelt sich ein Flugblatt, welches durch die
Agenten einer großen kapitalistischen Versicherungs-
gesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde
Angst und hahnbüchene Dummheit spricht aus jeder
Zeile dieses öden Machwerks. Es ist bezeichnend,
dass, abgesehen bis heute die Vorarbeiten für die Ver-
triebsanstaltungen und die Tarife der Volksfürsorge
noch nicht einmal beendet sind, und ihre Kon-
zessionierung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt noch
nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungs-
gesellschaften dennoch schon einen Verleumdungs-
feldzug gegen sie eröffnen, der nur beweist, welch
heillose Angst in den Kreisen derjenigen, für welche
die Volksversicherung bisher ein so glänzendes Ge-
schäft war, davor herrschen muß, daß die Versicherten
ihre Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht
mehr wie gebuldige Lämmer von ihnen führen
lassen.

Wider besseres Wissen werden in dem Flugblatt
zunächst die längst widerlegten Lügen wiederholt,
die „Volksfürsorge“ solle „von der sozialdemokrati-
schen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um
ihre Machtmittel zu vergrößern“; ein „neuer sozial-
demokratischer Beamtenapparat“ soll installiert wer-
den; bei der Vergebung von Hypotheken werde man
die sozialdemokratischen Parteiinteressen fördern
usw. usw.

Und dann wirft sich der Verfasser die Toga des
Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt:

„Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrneh-
mung sozialdemokratischer Interessen sind die sauer
verdienten und noch saurer ersparten Notgroschen
unserer deutschen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber
dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich
darauf, indem er den deutschen Arbeitern (!!)
einzureden versucht, die wahnwitzig hohen Gehälter
der Direktoren, die hohen Lohntienenden der „erst-
klassigen“ Herren im Aufsichtsrat, die fetten Dividen-
den der Aktionäre würden in ihrem Interesse
gezahlt — denn — aufgepaßt! — dadurch werde
„eine zielbewusste, geordnete Verwaltung gewähr-
leistet“. Die Proleten verstehen so was natürlich
nicht — das können bei einem guten Frühstück mit
Nektar und Champagner im Interesse der
deutschen Arbeiter einzig und allein Herzöge,
Barone, Kommerzienräte und dergleichen „erst-
klassige Personen“, die Leute, die zu den Aufsichts-
ratsmitgliedern der großen Gesellschaften zählen, be-
sorgen. Für wie dumm muß doch dieser Nachtopf
von Verfasser die deutschen Arbeiter halten! Das
beweist er dann weiter dadurch, daß er von „so
häufig erwiesenen Korruptionen“ bei anderen
sozialdemokratischen Einrichtungen, von der „viel-
fachen Mißwirtschaft in den Krankenkassen, genossen-
schaftlichen Unternehmungen usw.“ schwätzt.

Warum wir von dem entsetzlich feichten Gefasel
Notiz nehmen? Wir befürchten, einige unserer
Arbeiter könnten sich in ihrer Empörung über die
verleumderischen Angriffe zu Unbesonnenheiten hin-
reißen lassen. Wer weiß, vielleicht ist das sogar
beabsichtigt, und deshalb warnen wir alle diejenigen,
die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften
durch mehrjährige Beitragszahlungen erworbene
Rechte besitzen, diese ohne weiteres aufzugeben.
Wenn dies als Protest gegen diese „infame Hege“
geschehe, würden sich die „erstklassigen Herren“ nur
ins Häuschen lachen und die verfallenen „sauer er-
sparten Notgroschen“ schmunzelnd in die Tasche
stecken. Wer Ansprüche besitzt, erhalte sie sich, indem
er zum mindesten solange seine Beiträge weiter-
bezahlt, daß er berechtigt ist, von der Gesellschaft
die Umwandlung seiner Police in eine Freipolice zu
fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner
Zahlungen für die garantierte Versicherungssumme
nicht mehr fern, dann empfiehlt sich ohne weiteres
die volle Erfüllung seiner Verpflichtungen, da die
Umwandlung seiner Police in eine Freipolice für ihn
immer einen materiellen Verlust bedeutet.

An alle bis jetzt nicht versicherten Arbeiter
richten wir die Mahnung, die beispiellosen verleu-
mderischen Angriffe auf die in ihrem Interesse
beschlossene Errichtung der „Volksfürsorge“ damit
zu beantworten, daß sie hinfür keine Versicherung
bei den kapitalistischen Gesellschaften mehr ab-
schließen. Eine geradezu fieberhafte Tätigkeit ist
von diesen in den letzten Monaten entfaltet worden;
sie haben alle Mienen springen lassen, um das Zu-
standekommen der Volksfürsorge zu verhindern,
nicht willfährige bürgerliche Blätter zu beeinflussen
gesucht, indem sie auf ihre großen Annoncen hin-
wiesen, und bieten jetzt alles auf, um diejenigen, die
nach einem bekannten Sprichwort nie alle werden,
in letzter Stunde noch an sich zu reißen.

Trotz allen Wühens aber wissen sie heute schon,
die Volksfürsorge kann nicht verboten werden,
weil die Hege nicht in der Lage sind, auch nur eine
ihrer Behauptungen zu beweisen. Aber — man die

Konzessionierung erfolgt, vermag heute noch keiner
zu sagen. Deshalb heißt es noch heute für die be-
geisterten Freunde der Volksfürsorge, etwas Geduld
zu haben. Aber auch dann, wenn die Volks-
fürsorge ihren Betrieb eröffnet, wird sie dies nicht
plötzlich auf einmal in ganz Deutschland zu tun in
der Lage sein. Sie würde in der Flut von An-
trägen, die ihr täglich zugehen würden, einfach er-
sticken. Gut Ding will Weile haben; eine große
Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erb-
boden stampfen. Das darf aber keinen hindern,
nachdem die Errichtung der Volksfürsorge von den
Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen
ist, konsequent zu handeln und allen Lockungen und
Verleumdungen zum Trotz den Sendboten der „erst-
klassigen“ zu erklären: „Wir versichern uns in Zu-
kunft nur noch bei der Volksfürsorge!“

Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuilles- und Reise- artikelgewerbe in Offenbach a. M.

Am Freitag, den 13. September, fand unter
dem Vorsitz des Herrn Dr. Minger im hiesigen
Kreisamtsgebäude die vom 2. Juli wegen Zeugen-
ladung vertragte Verhandlung gegen die Firma
Kiech u. Kopp statt. Als Arbeitgebervertreter
waren die Herren Weigert und Fischer, als Arbeit-
nehmer Knipper und Kopp erschienen. Herr Dr.
Crab war von der Fabrikantenvereinigung, Wurm
und Höf vom Verbands der Sattler und Portefeuille
anwesend. Die angeklagte Firma ließ sich durch
zwei Angestellte vertreten, außerdem waren noch
fünf Heimarbeiter als Zeugen geladen.

In einer vor Beginn der Verhandlung abge-
gebenen Erklärung wandte sich Herr Dr. Crab
gegen den Bericht in der „Sattler- und Portefeuille-
Zeitung“ über die letzte Sitzung der Schlichtungs-
kommission und verwahrte sich gegen den aus dem
Bericht hervorgehenden Vorwurf der Parteilichkeit.
Er halte sich durchaus an die Bestimmungen des
Tarifvertrages und vertrete nicht einseitig Unter-
nehmerinteressen. Auch sei es ihm nicht eingefallen,
den Arbeitervertretern das Wort abschneiden zu
wollen. Kollege Höf sowie auch Wurm erklärten dem-
gegenüber, daß sie allerdings nach dem Auftreten
des Herrn Dr. Crab in der letzten Sitzung zu dieser
Auffassung kommen mußten, der Schlichtungs-
kommission selbst sei ein Vorwurf durchaus nicht ge-
macht worden. Diese Sache ist damit erledigt.

Die Firma Kiech u. Kopp ist verschiedener Tarif-
verträge angeklagt: Die Preise werden einseitig fest-
gesetzt anstatt mit den Arbeitern vereinbart, für
einen Artikel werden verschiedene Preise gezahlt,
für einzelne Sachen wird kein Zuschlag, für die
notwendigen Zutaten nicht die angemessene Ent-
schädigung gezahlt usw. — Die beiden Vertreter der
Firma bestritten alles und die Zeugen müssen an-
treten. Die Zeugenvernehmung gestaltete sich recht
schwierig. Abgegeben von einem Portefeuille, der
nicht mehr bei der Firma in Arbeit steht, kann man
die ängstlichste Zurückhaltung beobachten. Die Leute
fürchteten offenbar ihre Beschäftigung zu verlieren.
Charakteristisch ist die Aussage eines Heimarbeiters,
an den der Organisationsvertreter Kollege Höf fol-
gende Frage stellt: „Werden die Preise für Artikel,
welche zum ersten Male von Ihnen angefertigt wer-
den, mit Ihnen vereinbart, oder wird ein von der
Firma schon festgesetzter Preis gezahlt?“ Die Antwort
lautet prompt: „Ich bekomme, was ich verlange!“ (?)

Weitere Fragen führen zu keinem anderen Ergebnis. Dem obigen, nicht mehr bei der Firma beschäftigten Zeugen gegenüber zeigt sich Herr Wilzbacher, der Vertreter der Firma, sehr empfindlich, indem er ihn fortgesetzt mit der Bemerkung unterbricht: „Das verbitte ich mir“, so daß sich schließlich der Vorsitzende genötigt sieht, sich solche Unterbrechungen zu verbitten. Der Zeuge behält darauf, daß zweierlei Preise gezahlt wurden, was Herr Wilzbacher bestritt. Da der Zeuge begrifflicherweise die fragliche Nummer nicht mehr angeben kann, versucht Herr Wilzbacher, ihn als unglaubwürdig hinzustellen. Mit diesem Arbeiter wurde nie, auch nicht bei neuen Artikeln, ein Preis vereinbart. Um festzustellen, ob zweierlei Preise gezahlt wurden, soll das Auszahlungsbuch herbeigezogen werden, doch verzichtet man schließlich darauf, weil das nur Herr Wilzbacher holen könnte, da es kein anderer findet. Jedoch hat die Firma als Beweisstück das Lohnbuch mitgebracht. Als das Buch auf Verlangen der Arbeitervertreter ausgepackt und der Schlichtungskommission vorgelegt wird, ergibt sich ein neuer Tarifvertrag. Von außen gesehen ist das Buch in besserer Verfassung. Es ist ein mächtiger Foliant, sauber in Leinen gebunden und wenig abgegriffen, denn es liegt nicht an der Stelle, wo es liegen müßte. Im Innern fehlt so ziemlich alles, Vorwort, Vorrede, Verbesserungen, zum Teil auch Preise. Wohl enthält es eine Anzahl Nummern, aber auch die sind mit Klebstift eingetragenen, also leicht zu radieren.

Wegen den Hauptzeugen bringt die Firma nun eine Gegenlage vor. Sie hat an ihn innerhalb dreier Jahre 164 Mk. Vorschuß gegeben und verlangt nun Rückzahlung dieses Betrages. Die Arbeitervertreter verweisen auf den Abschnitt D, Abs. 11 des Tarifvertrages, wonach Vorschüsse nur in der Höhe der geleisteten Arbeit geleistet werden dürfen. Werde dennoch Vorschuß gegeben, so könne eine Rückzahlung nicht verlangt werden, anders bei Forderungen, wo die Höhe der ratenweisen Rückzahlung vorher vereinbart werden müsse. Gerade das Vorkommnis sei mit Schuld daran, daß die Arbeiter nicht auf anständige Preise dringen, weil sie ja auf alle Fälle am Freitag Geld bekommen. Von einem Arbeitgeberbeistand wird darauf aufmerksam gemacht, daß auf den Arbeitszetteln der Firma in Fettdruck die Bestimmung steht, daß Zahlungen nur gegen Lieferung der Arbeit stattfinden, danach soll sie sich auch richten. Die Firma behauptet nun, der Arbeiter habe sich den Vorschuß durch Vorspiegelung falscher Tatsachen verschafft, was von diesem aber entschieden bestritten wird. Die Schlichtungskommission erklärt sich außerstande, diesen seit drei Jahren schwebenden Fall zu unteruchen, und stellt sich auf den Standpunkt des Tarifvertrages, welcher das Vorkommnis verpönt.

Darauf zieht sich die Schlichtungskommission nach dreistündiger Verhandlung zurück und verhandelt nach kurzer Beratung folgendes Urteil:

Die Firma Nieth u. Kopp wird verurteilt, dem Zeugen A. die Preisdifferenz für die Reparatur, die das geschweifte Modell und das mit Altblendermodell gegenüber dem jetzigen Reformmuster bedingt, nachzahlen. — Ferner wird sie zur irdentlichen Einhaltung des Tarifvertrages, insbesondere zur ordnungsgemäßen Ausgestaltung und Führung des Lohnbuches i. S. der Bestimmung unter § 4 Abs. 4 des Tarifvertrages angehalten.

Dieses Urteil erscheint uns außerordentlich milde für die offensichtlichen Tarifverstöße, welche sich die Firma seit Jahren zuschulden kommen läßt; wir hätten außerdem eine empfindliche Vertragsstrafe für angebracht erachtet. Trotzdem zeigt dieses Urteil, wie wenig Herr Nieth im Rechte war, als er in voriger Sitzung erklärte, bei ihm werde der Vertrag bis ins kleinste eingehalten. Namentlich ist schon wieder Material bei uns eingelaufen, das zu einer neuen Klage berechtigt, und wir sind überzeugt, es müßte sich noch reichlich vermehren, wenn die meisten Heimarbeiter damit nicht hinterm Berge hielten.

Die Firma soll nun zur strengsten Tarifbefolgung angehalten werden. Um das aber zu ermöglichen, reicht das Urteil der Schlichtungskommission nicht aus, die Arbeiter müssen ebenfalls fortgesetzt darüber nachgedacht werden. Wie die Kollegen aus der in vorliegender Nummer unserer Zeitung erschienenen Versammlungsanzeige ersahen, wollen wir uns in gemeinsamer Beratung mit dieser wichtigen Aufgabe beschäftigen.

Kollegen, wie oft habt Ihr gerade über diese Firma schon geklagt, ginge aber aus Furcht vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht vor die rechte Schwelle oder Ihr habt Euch ängstlich zurückgezogen, sobald die Organisationsleitung nachdrücklich Eure Rechte wahrnen wollte. Jetzt ist es an der Zeit, die Gefahr der Arbeitslosigkeit ziemlich vorüber, die Konjunktur eine bessere. Jetzt erscheint ausnahmslos in der Versammlung, wo durch gegenseitige Aussprache alle Mißstände und Tarifverstöße aufgedeckt und durch gemeinsames Handeln beseitigt

werden sollen. Macht von Eurem guten Recht Gebrauch, das Euch tariflich gewährleistet wurde, damit auch die bei Nieth u. Kopp beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bald sagen können: „Bei uns wird der Tarifvertrag bis ins kleinste eingehalten.“

Aus Industrie und Handel.

Der Verlauf der Leipziger Michaelismesse 1912 für Lederwaren kann als befriedigend bezeichnet werden. Wenn man dem Urteil einiger Aussteller glauben darf, so haben sie in diesem Jahre gut abgeschnitten, wenn auch ausländische Einkäufer den Deutschen gegenüber in harter Minorität verblieben. Nach der Nachzeitschrift „Lurus und Bedarf“ bildeten Damenaschen in ihren verschiedensten Variationen den Hauptartikel. Die als Neuheit aufgestellten Damentaschen in Bombardurform mit übereinandergelegten Falten, die ja schon seit einiger Zeit am Markte sind, fanden gute Beachtung. Es scheint, daß diese Muster für Weihnachten einen starken Zugartikel bilden werden. Die Taschen hat ein gefälliges Aussehen und ermöglicht dabei, ziemlich viel Gegenstände in ihr unterzubringen. Sie wird mit und ohne Einrichtung, sowohl als Stofftasche, hauptsächlich aber als Leder tasche geliefert. Auch die Versuchstasche ertrug sich in Leipzig guter Beachtung, wie überhaupt in Damentaschen die feinen schmalen Formen mit Metallrandeinfassung recht beliebt sind. Die Lederklappertasche behauptet ebenfalls noch ihren Platz, sie war in vielen Variationen vertreten. Was die Farbe der Taschen angeht, so scheint schwarz, dunkelgrün, grau, dunkelblau neuerdings Mode werden zu sollen, wenigstens waren diese Farben in den Kollektionen vorherrschend. In feinen Lederwaren wurden die gewohnten Umsätze erzielt. Auch Reiseartikel hatten gutes Geschäft zu verzeichnen, besonders konnten für Einrichtungsgegenstände recht umfangreiche Aufträge gebucht werden.

„Lurus und Bedarf“ läßt sich alljährlich von einigen Ausstellern über die in Leipzig erzielten Erfolge berichten. So schreibt eine Offenbacher Firma: „Wir sind mit dem Resultat der diesjährigen Herbstmesse zufrieden. Wir haben mehr umgesetzt als bei der Herbstmesse 1911, erfahrungsgemäß steht jedoch der Umsatz der Herbstmesse gegen den der Frühjahrsmesse zurück. Der hauptsächlich gefragte Artikel waren wiederum Damentaschen und wurden kleine Lederwaren verschwindend wenig verlangt. Es befanden sich auf der diesmaligen Messe fast ausschließlich deutsche Käufer, während die ausländischen fast gänzlich vernichtet wurden, daher kommt es, daß unser Hauptumsatz bei der diesmaligen Messe nur für Deutschland gemacht wurde.“

Zur Gegenprobe hierzu berichtet eine andere Offenbacher Firma:

„Die jetzt verlaufene Herbstmesse war eher etwas schlechter als früher, da ausländische Kunden fast ganz fehlten. Es war besonders Nachfrage nach neuen Sorten in Damentaschen, und hauptsächlich wurden sogenannte Puschtaschen und Lederklappertaschen verlangt.“

Verliner Firmen schreiben durchweg günstig über die erzielten Messebestellungen:

„Wir waren mit unseren Messerverkäufen sehr zufrieden. Wir haben noch mehr verkauft als voriges Jahr, obwohl wir voriges Jahr ein sehr gutes Resultat zu verzeichnen hatten. Es wurden vorwiegend Taschen mit Klappen und Innenbügeln gekauft, auch in Pusch- und Kindertaschen hatten wir große Nachfrage. Auch unsere zweite Abteilung in Zigarenetuis, Kuberts, Portefeuilles ist sehr stark beschäftigt und haben in diesem Artikel sehr schöne Orders in Leipzig aufgenommen. Im großen und ganzen sind wir mit unseren Herbst- und Weihnachtssortern sehr zufrieden und sind beide Abteilungen bis Mitte Dezember stark beschäftigt.“

Nähkörbe usw.: „Ich bin mit dem Resultate der diesjährigen Herbstmesse sehr zufrieden. Meine diesjährigen Umsätze sind wesentlich höher als die der Herbstmessen 1911 und 1910 und sind an diesem Mehrumsatz der deutsche, mehr aber noch der ausländische Markt beteiligt. Am meisten wurden von mir meine Spezialitäten: Nähstiche, Nähkästen, Nähbeutel, Messingtaschen, Schmucktaschen usw., verkauft.“

Feine Messerartikel: „Wir können mitteilen, daß wir mit der diesjährigen Herbstmesse außerordentlich zufrieden waren. Vorwiegend hatten wir Erfolge auf dem deutschen Markt, da ja bekanntlich auch zu der Herbstmesse verhältnismäßig wenige ausländische Einkäufer erschienen.“

Wenig befriedigt sind die Nürnberger Lederwarenfabrikanten. Das Fehlen ausländischer Käufer hat sich für sie empfindlich bemerkbar gemacht. Auch der Verkauf von Kamatschen und Kuffäden scheint nicht wohl befriedigt zu haben, weil das Hauptgeschäft dieser Artikel im Frühjahr vor sich geht. Die Nachfrage nach Kunstgewerblichen Lederarbeiten war in diesem Herbst geringer als in den Vorjahren; namentlich haben diverse neue Händler sowohl in- als auch ausländische

Verbindungen gesucht. In erster Linie sind Schreibmappen, Papierfärberei, Chroniken usw., gefragt worden, und zwar fast ausschließlich im antiken Genre.

Die Umsätze in Altbauten haben die von 1910 und 1911 bei weitem übertraffen.

Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß eine bessere Konjunktur als 1911 und Anfang 1912 eintreten und unsere Kollegen von großer Arbeitslosigkeit verschonen wird. Hoffentlich bestimmen sich dann auch unsere Mitglieder auf ihre tariflichen Rechte und handeln pflichtgemäß.

In den Konturen in der Lederwarenbranche.

Die Kassen der Firma Apelbaum u. Bachsner-Berlin betragen 103 000 Mk. 19 Proz. Dividenden stehen in Aussicht. Bei der Firma S. Dirsch-Berlin werden die Kassen auf 230 000 bezw. 275 000 Mk. geschätzt. Es dürften 30% bezw. 32 Proz. zur Verteilung gelangen. Die Gläubiger der Firma S. R. Diebel-Eisenbach erhalten durch Zwangsvergleich nur 6 Proz. ihrer Forderungen. Die Firma S. Knappes-Eisenbach, machte in der ersten Gläubigerversammlung am 4. September ein Angebot von 35 Proz., welche das Berliner Warenhaus Hermann Tied durch seinen amwesenden Vertreter sofort auszahlen wollte. Doch sicherte die Arrangements an dem Widerstand einiger Hauptgläubiger, welche 40-50 Proz. sofort und den Rest in drei Jahren haben wollten. Wir können es verstehen, daß sie auf einen gerichtlichen Zwangsvergleich drängen, wenn auch dadurch die Quote weit heruntergedrückt wird. Dabei sie doch den Kredit vergrößern und können sie dadurch ein größeres Profitieren machen. Was schert sie, wenn kleine Lieferanten alles verlieren. Geschäft ist Geschäft. Doch das Warenhaus Hermann Tied hat ein großes Interesse daran, die Firma S. Knappes so schnell wie möglich wieder lieferungsfähig zu machen, weswegen es sich in der zweiten Gläubigerversammlung am 16. September bereit erklärte, 40 Proz. nach dem Zustandekommen eines Vergleichs sofort auszugeben. Sollte dieses Arrangement scheitern, so kommt es zum gerichtlichen Ausverkauf, insoweit wird das Warenhaus Hermann Knappes auf irgend eine andere Weise helfend beizutreten und so seine baldige Fabrikation ermöglichen.

Korrespondenzen.

Offenbach a. M. (E. 19. 5.) Eine Versammlung russisch-jüdischer Arbeiter, soweit sie in der Lederwaren- und Messerartikelindustrie beschäftigt sind, nahm am Samstag, den 14. September, im „Aheimischen Hof“ Stellung zu dem in Nr. 34 unserer Nachzeitung erschienenen Artikel „Ausländische Arbeiter in der Portefeullerindustrie des Offenbacher Industriegebiets“. Nach einem einleitenden kurzen Referat des Vorsitzenden, der sich besonders auf die rechtlose Ausnahmestellung bezog, welche die Ausländer und speziell die russisch-jüdischen Arbeiter in Offenbach einnehmen, setzte eine lebhafteste Diskussion ein. Immer wieder wird darin der Druck betont, unter dem diese Arbeiter leiden. Durch unglückselige Umstände aus der Heimat vertrieben, sind sie nicht nach Offenbach gekommen, um dabei selbst tätig zu sein. Sie wollen arbeiten und Steuern zahlen, wollen aber auch als Menschen angesehen und behandelt sein. Als Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes protestieren sie gegen die Art und Weise, wie man sie im Fachorgan herabsetze. Schon genug haben sie unter der Animosität der deutschen Kollegen zu leiden, welche ihnen oft mit Verachtung begegnen. Die Gefahr einer Verschlimmerung dieser fast unerträglichen Zustände beruhe der obige Artikel und es müsse bedauert werden, daß man solche Auslassungen in einem modernen Gewerkschaftsblatt finde. Zwar solle und könne nicht bestritten werden, daß manche Ausländer die Preisbrüderereien vieler Fabrikanten durch ihr Verhalten begünstigt hätten, doch dürfe man solche Einzelfälle nicht verallgemeinern und auch nicht den an diesen Zuständen unschuldigen Kollegen damit die Existenzmöglichkeit geradezu unterbinden. Das Wort „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“ solle man nicht nur im Munde führen, sondern auch in die Tat umsetzen. Die Diskussionsredner wenden sich weiter gegen die Behauptung, daß 700 Ausländer in der Offenbacher Portefeullerindustrie beschäftigt seien. Wandler sei da wohl drei- und viermal mitgezählt worden, denn kaum die Hälfte seien in Wirklichkeit am Platze. Wenn darunter auch schlechte Elemente sind, die nach den zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffenen Abmachungen nichts fragen, so seien diese aber auch unter den deutschen Kollegen vorhanden und viel leicht in größerem Maße. Diese Elemente seien allerdings persönlich zu bekämpfen und jeder unabhängige Kollege sei bereit, da mitzuhelfen. Verallgemeinerungen aber, wie sie in dem Artikel zum Ausdruck kommen, treffen die Unschuldigen schwerer

als die Schuldigen. Die Stellungnahme unserer Zeitung habe es mit verschuldet, daß es den russisch-jüdischen Kollegen heute schwerfalle, in den Werkstätten Arbeit zu finden, sie würden dadurch gezwungen, Heimarbeit zu machen, wodurch sie dann jeder Kontrolle entzogen sind.

Gegen die Ausführungen verschiedener Redner wendet sich Kollege Höl, der ihnen rät, ihre ja begreifliche Empörung auch nach einer anderen Seite hin zu wenden, und zwar gegen die zahlreichen Schädlinge unter ihren Landsleuten. Er erkennt an, daß nicht alle über einen Stamm zu scheren sind, aber zweifellos sind welche darunter, welche die Portefeuller- und Meißentischindustrie schwer geschädigt haben. Als die russisch-jüdischen Arbeiter als Flüchtlinge der Revolution zu uns gekommen sind und in der Industrie Unterschluß fanden, wurden sie in jeder Weise unterdrückt. Der damalige Vorsitzende des Portefeullerverbandes, Kollege Weinshild, sei es gerade gewesen, der für die Flüchtlinge eintrat. Daß er hierbei des Guten zuviel getan, sei ihm später noch oft zum Vorwurf gemacht worden. Gehandelt haben es ihm die meisten der Emigranten freilich nicht. Von manchen ist in einer Weise darauflös gewirkt worden, die geradezu skandalös war. Wenn jüdische Zwischenmeister wie Baumöl und Konforten ihre Landsleute hierher locken, von ihnen für das Anschlagelohn ein Lehrgeld von 30-40 Mk. nehmen und sie ohne Lohn nur gegen Verabfolgung eines Mittagessens monatlang ausbeuten, so könne das der Arbeiterchaft wirklich nicht zum Vorteile gereichen. Wir verwehren keinem Ausländer, nach Essenbach zu kommen, ebensowenig fällt es uns ein, nach deren Ausweisung zu schreien, aber ganz entschieden müssen wir uns im Interesse unserer Kollegen verbitten, daß sie in ihrer versch. Bedürfnislosigkeit zu den schlimmsten Preisbrüchern werden. In diesen Fällen gehen wir nicht nur gegen Ausländer, sondern im gleichen Maße gegen deutsche Kollegen vor, sobald sie sich solche unfauleren Manipulationen erlauben. Haben sich doch russisch-jüdische Kollegen öfters über die gewissenlose Ausbeutung durch ihre eigenen Landsleute bitter beklagt. Da glauben einige schnell Fabrikanten werden zu können, indem sie sich Briefbogen und Kuverts mit dem Aufdruck: Kupferstein u. Feigenbaum, Fabrik seiner Ledermatten, auferlegen lassen. Ein auf Grund eines solchen Preises aus Ausland zugereicher Kollege konnte die seine Firma in Offenbach nicht auffinden, denn der eine der Herren Firmeninhaber war zurzeit arbeitslos und selbst auf der Suche nach Beschäftigung. Auf Inkenntnis der Verhältnisse sind solche Vorgänge doch keinesfalls zurückzuführen und müssen entschieden bekämpft werden. Die ausländischen Kollegen, einerlei, welcher Nationalität und Glaubens sie sind, sollen uns stets willkommen sein, sobald sie sich der mühsam geschaffenen Ordnung fügen, mit uns fühlen und innerhalb der Organisation gemeinsam handeln und etwaige Hebergriffe bekämpfen. Die wenigsten der in der Offenbacher Portefeuller- und Meißentischindustrie Beschäftigten sind in unserem Verbande organisiert. Es ist ihre Aufgabe, unter ihnen uns fernstehenden Kollegen und Glaubensgenossen im Interesse aller zu wirken und sie der Organisation zuzuführen. Nehmen sie mit uns den Kampf auf gegen Nachlässigkeit und Böswilligkeit, dann sollen sie uns ebenso wie die deutschen Kollegen willkommen sein.

In ähnlichem Sinne äußerte sich auch Kollege Bumm. Wir hätten schon die Möglichkeit gehabt, Ausweisungen zu veranlassen, konnten das aber mit unserem Parteigewissen nicht vereinbaren, auch hätten mit den Schuldigen dann auch die Unschuldigen leiden müssen. Der Zwischenmeister Baumöl hat es noch fertig gebracht, die Organisationsvertreter direkt zu verhöhnen. Besonders in der Anschlägerbranche sind skandalöse Unterbietungen durch russisch-jüdische Arbeiter vorgekommen, die Preise wurden da manchmal um 50 Proz. gedrückt, wofür Redner verschiedene Beispiele anführt. Sie müssen uns mehr mitteilen, ihre Landsleute der Organisation zuzuführen.

Redner wendeten sich noch in der Hauptsache gegen den Satz in dem Artikel, wonach eine Anzahl Emigranten später wieder in ihre Heimat zogen, dort Lederwarenfabriken gründeten und so ihren Offenbacher „Wohltätigen“ Konkurrenz machen. Dieser Satz in einem Gewerkschaftsblatt sei wirklich das Schlimmste, was bis jetzt geteilt worden. Damit wären nur die Interessen der Fabrikanten in höchst einseitiger Weise wahrgenommen. Es gleiche das einer ganz unerblicklichen Aufforderung an die Fabrikanten, Ausländer nicht mehr einzustellen. Die Folgen dieser Schreibweise hätten gerade jetzt die russisch-jüdischen Arbeiter am eigenen Leibe furchtbar zu verspüren. Diese Kollegen verlangen, soweit sie in unserem Verbande organisiert sind, daß man ihre Interessen wahrnimmt, nicht aber ihnen durch derartige Anschuldigungen bei den Fabrikanten die Existenz untergräbt. Aber die russischen

Juden sollten für alle Hebelhände, welche die Lohnarbeit nun einmal zeitige, die Fingerringe abgeben. Für die große Arbeitslosigkeit in Bergen-Enkhauser Gebiet, welche eine Folge der natürlichen Entwicklung sei, dürfe man doch nicht die russisch-jüdischen Arbeiter verantwortlich machen. Wenn wirklich mal einer der Emigranten später Fabrikant geworden sei, so seien diesem zahllose Deutsche in Ausland entgegenzusetzen, ohne daß man diese Leute deshalb bekämpft. Ebenso habe sich der deutsche Arbeiter in Ausland besonders unter den jüdischen Arbeitern der besten Behandlung zu erfreuen. Es sei notwendig, daß man durch die Annahme einer vom Bureau vorge schlagenen Abwehrresolution zu dem Artikel unserer Zeitung klar Stellung nehme. Ferner müsse man eine partielle Erhebung veranstalten über die wirkliche Zahl der in der Portefeuller- und Meißentischindustrie Eisenbuchs beschäftigten russisch-jüdischen Arbeiter. Auch den Anregungen der Organisationsvertreter Bumm und Höl betr. Agitation unter diesen Kollegen müsse Folge gegeben werden. Kollege Höl wie auch ein russischer Kollege hatten es für besser, von der vorgeschlagenen Resolution Abstand zu nehmen und lieber durch intensive Agitationsstätigkeit zu beweisen, daß die russisch-jüdischen Kollegen nicht so schlecht sind, wie man sie in der Zeitung hinrichtete. Andere glauben auf die Resolution nicht verzichten zu dürfen. Nachdem noch mehrere Redner sich zu der Sache geäußert, wird die Resolution wie folgt angenommen:

Die am 14. September im „Rheinischen Hof“ zu Essenbach a. M. abgehaltene Versammlung der im Sattler- und Portefeullerverband organisierten ausländischen Arbeiter protestiert gegen die wiederholten Angriffe in der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ auf die hier ansässigen polnisch- und russisch-jüdischen Arbeiter. Die Versammelten sind der Ansicht, daß an den Zuständen, die in der Portefeullerindustrie herrschen, das in den letzten Jahren sich ausbreitende Heimarbeit- und Zwischenmeisterwesen die Schuld trägt. Wenn unter den letzteren sich auch polnisch-jüdische befinden, von denen manche, wie auch so viele einheimische, die Arbeiterinteressen schädigen, so sind diese persönlich zu bekämpfen, wozu auch die Versammelten ihre Mithilfe in jeder Weise bieten. Die Angriffe in der Zeitung aber auf die russisch-jüdischen Arbeiter im allgemeinen haben deren Ansehen herab und erschweren ihnen den jetzt schon schweren Existenzkampf ins Unerträglich. Die Versammelten erachten eine solche Kampfesweise als nicht nur gegen das Solidaritätsprinzip, sondern auch gegen die guten Sitten verstoßend, und muß dieselbe in einem Arbeiterblatte, dessen Devise Freiheit und Gerechtigkeit ist, unterbleiben.

Wachstums der Redaktion. Wenn wir unserer Freude Ausdruck geben, daß einige russisch-jüdische Arbeiter sich gegen die von uns erhobenen Behauptungen wehren und damit beweisen, daß die gemachten Vorwürfe sie nicht treffen, so müssen wir nochmals betonen, daß die Klassenbewußtesten Elemente sich leider in der Minderheit befinden. Es ist bedauerlicherweise so, wie wir in unserem Artikel in der Nr. 34 geschrieben haben, geschrieben haben zu dem Zweck, weil alle privaten und persönlichen Vorhaltungen auf unfruchtbaren Boden fielen. Uns soll es freuen, wenn es nun besser wird. Wer aber den Artikel der Nr. 34 liest und ihn im ganzen bewertet, wird erlaunt sein, was ihm unsere ausländischen Kollegen aus einzelnen aus dem Zusammenhang herausgerissenen Sätzen unterlegen. So soll der Artikel schuld sein, daß die Emigranten Heimarbeit geworden sind. Das Gegenteil ist richtig. Schon in den Jahren 1905/06 waren sie zum überaus größten Teil nicht in den Fabriken zu halten. Neben dem Schein der Selbstständigkeit wollten sie ihre Sitten und Gebräuche wahren, was sie in Werkstätten nicht ungenügend konnten. Dann wollten sie ihren Verwandten und Bekannten durch Unternehmen wieder Heimarbeit, boten sich den Unternehmern noch billiger an, zogen wieder ihren Bekanntenkreis heran, und so ging der Kreislauf. Die Unternehmer taten so, als ob sie die Emigranten aus Vornehmigkeit und Nächstenliebe beschäftigten, im Grunde aber war es ihnen um den Profit und um die Niederhaltung gewerkschaftlicher Forderungen zu tun. Heber solche Auffassung läßt der Artikel keinen Zweifel und nur in diesem Sinne ist der Begriff „Wohltäter“ zu verstehen. Daß wir nicht alle eingewanderten Kollegen als Lohnrücker usw. gemeint haben, wird jeder, der den Artikel unvoreingenommen liest, bestätigen.

Rüsten. (E. 21. 9.) Am 19. September referierte Gauleiter Busch in der „Ludwigshalle“ über das Thema: „Warum bilden wir Berufsvereine?“

Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Frage einer Automobilsattlerkonferenz erörtert. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit der Abhaltung einer solchen einverstanden. Zurzeit sind 12 Gehilfen in Köfchen auf Wagen und Autos beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt bei zwei Firmen 36 Stunden, in einer 57 Stunden die Woche. Die Arbeiten werden nur in Stundenlohn ausgeführt. Der Durchschnittsverdienst beträgt pro Stunde 45 Pf. Die Versammelten er suchten den Gauleiter, dahin zu wirken, daß die Konferenz recht bald einberufen wird. Die Automobilindustrie befindet sich im Zeichen zunehmender Hochkonjunktur. Sollte jedoch ein Abflauen eintreten, hat die Gehilfenchaft alle Ursache zusammenzutreten, um ein Verabreden der Löhne zu verhindern. Es ist daher zu begrüßen, daß auf dieser Konferenz eine einheitliche Grundlage der Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden soll. Nachdem man sich noch mit den Verhältnissen bei dem Sattlermeister Elze befaßt hatte, erfolgte Schluß der von 19 Kollegen besuchten Versammlung.

Veitza. In einer öffentlichen Versammlung am 14. September referierte Kollege Dönnede-Wühlhausen über: „Die Kulturanschauung des Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung.“ Auch unterzog er die gegenwärtige Fleischsteuerung einer scharfen Kritik.

Rundschau.

Das rote Parlament lagt in der vergangenen Woche in Sachsens Industriemetropole, um Rückschau über vergangene Kämpfe zu halten, Stellung zu wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart zu nehmen und für die Zukunft sozialdemokratische Erfolge im Interesse der Arbeiterschaft vorzubereiten. Die Tagung selbst trug einen hervorragend organisatorisch-geschäftlichen Charakter und diente vorwiegend der Konsolidierung, daß die einmütige Stellungnahme des Parteitagess zum Stichwahlabkommen inf. der Dämpfungspolitik geeignet ist, die schwarzblaue Mehrheit im Reich zu beeinträchtigen und die preussischen Landtagswahlen in antisozialdemokratischer Stimmung zu beeinflussen. Zu begrüßen ist die durch das neue Organisationsstatut geschaffene straffere Zentralisation. Hoffentlich wird der 45köpfige Parteiausschuß den erhofften Erwartungen entsprechen und die Aktivität des Vorstandes befruchten. Mit Deutlichkeit ließ die Majorität erkennen, daß sie den Parteitag nicht zum Spielball einiger Ultraradikaler degradieren wollte. Eine Partei, die jeden dritten Wähler im Heerban hat, darf ihre Anhänger nicht mit radikalen Phrasen abspießen, sondern muß ohne Opportunismus praktische Politik treiben. Es ist ein hervorragender Unterschied zwischen Dresden und Chemnitz. Damals aus dem Siegesrausch hervorgegangene persönliche Stänkereien, diesmal trotz des 12. Januar ruhiges Abwägen und Mühen für kommende Kämpfe. Dazu dient in erster Linie Einheitslichkeit im Handeln, was in seltener Einmütigkeit bei den Abstimmungen auch für die Zukunft gesichert scheint und alle gegenteiligen Hoffnungen im reaktionären und schwarz-macherischen Lager zerstreut hat. Daran ändert nichts die unkluge Göttinger Affäre, auch ein Produkt persönlicher Neidhabelei, die, nebenebei gesagt, erhebliche Geldmittel der Partei beanspruchte, die zu vermeiden gewesen wären, wenn es nicht immer einige Leute gäbe, die da glauben, ihnen muß, weil sie es sind, eine Extramurk geboten werden. Der Parteitag hat durch Heberung zur Tagesordnung gezeigt, wie wenig solche Freibereien geeignet sind, die Partei irgendwie zu beeinflussen oder mehr als einen Sturm in der Kaffeekasse zu entfesseln. Trotzdem ließ er keinen Zweifel darüber, was in Zukunft geschehen wird, wenn höhere Parteinteressen den persönlichen Hintangeschleift werden. Ein ehrendes Zeugnis stellte der Abgeordnete Davidsohn den Gewerkschaften für ihre Mitarbeit beim Schnapsbojott aus. Die Unterbrechungen der Leipzig Resolution werden auch für die Zukunft ihren Zweck nicht verfehlen. Die Referate Scheidemanns über die gegenwärtige Fleischsteuerung und die Reichstagswahlen können als Höhepunkt der diesjährigen Tagung gelten. Auch die Ausführungen Sues über den Bergarbeiterstreik festelten die Zuhörer bis zum letzten Worte. Die Behandlung der Fragen Imperialismus und Abbrüftung rief eine Reihe „erstaunlicher“ Kritiken auf den Plan, wodurch ihr ein mehr akademischer Charakter verliehen wurde. Eine unfruchtbare Debatte entspann sich bei der Mitarbeiterfrage, welche auf allen Arbeitertagungen eine mehr oder minder hervorragende Rolle spielt. Es ist bedauerlich, daß hier soviel herumgedokt wird; der Gewerkschaftslehre glaubt nicht ohne den Parteitag entscheiden zu können und dieser wieder überläßt dem internationalen Kongress die Entscheidung. In Chemnitz versuchte man die Kaiserzeit durch Aufhebung des Rüstungsbeschlusses aufs neue zu beleben, erreichte aber nur damit, daß Partei- und Gewerkschaftsangehörigen eine Sonderstellung ein-

geräumt wird, indem sie zur Abklärung eines Tagesverdienstes verpflichtet werden sollen, wogegen alle übrigen Parteigenossen, wenn sie am 1. Mai, ohne zu arbeiten, Verdienst erzielen, davon befreit sind. Wir glauben nicht, daß solche Beschlüsse geeignet sind, die Parteier zu heben, vielmehr werden sie zu weiteren Differenzen Anlaß geben. Doch bis diese Frage aktuell wird, im Jahre 1913 fällt der 1. Mai auf den Himmelfahrtstag, werden ja der internationale Kongress und der deutsche Parteitag nochmals zu der Parteierfrage Stellung nehmen und hoffentlich zu einem Beschlusse kommen, der sich unerschütterlich behaupten wie in den letzten Jahren unmöglich macht. Es würde durchaus kein Gefühl der Schwäche sein, wenn man sich dazu aufschwingen würde, die bisherige Form der Parteier zu revidieren. Die Diskussion hierüber kann ohne jede Leidenschaft, bei genauer Abwägung der Gründe für und gegen, vor sich gehen. — Wenn sonst in anderen Jahren der Bericht der Besonderekommission einen rein persönlichen Charakter trug und ebenso seine Entscheidung fand, so wurde diesmal durch den Fall Silberbrandt eine Ausnahme gemacht. Nahezu sechs Stunden nahmen Anträge- und Verteidigungsreden in Anspruch, welche gleichsam für jeden Genossen ein Prüfstein sind, inwiefern seine Meinungen mit den Grundgedanken des Parteiprogramms übereinstimmen. Wir haben weder das Silberbrandtsche Buch gelesen, noch seine Vorträge in Solingen gehört, daher auch deshalb kein eigenes Urteil an. Wir sind der Überzeugung, das Bewußtsein und der Wille der Masse ist so fest in der Partei begründet, daß die theoretische Auffassung eines Eingänglers niemals die Wirkung der Besämen von Jericho erzeugt. Mit und ohne Silberbrandt geht die Sozialdemokratie den ihr von der Entfaltung vorgeschriebenen Weg, wobei sie sich von keinem Dogma aufhalten, aber auch auf keinen Irweg leiten lassen wird. — Im übrigen ersparen wir uns, post festum die einzelnen Tagungspunkte zu besprechen. Wir nehmen an, alle Kollegen haben die ausführlichen Berichte der Tagespresse mit Interesse verfolgt und ihre propagandistische Wirkung erkannt, auf daß in bald die erste Million politisch organisierter Arbeiter überschritten sein wird. Daß der Chemnitzer Parteitag in diesem Punkte richtunggebend ist, wird kein geübter, wenn auch nicht einziger Erfolg sein.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Wir erinnern hierdurch nochmals an die rechtzeitige Einfindung der gelben Karten über die Arbeitslosenstatistik.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Brandenburg wurde das Mitglied Otto Brudaus, R.-Nr. 21389, wegen Streifbruch ausgeschlossen. Der in Nr. 37 unserer Zeitung veröffentlichte Ausschluß bezog sich nicht auf den Namen Blankenburg, sondern auf Blankenfeld.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Wismar wurde das Mitglied Franz Müller, V.-Nr. 4310, wegen Verstoß gegen die Interessen unseres Verbandes ausgeschlossen.

Der neue Lokalzuschlag für München beträgt 15 Pf. pro Woche resp. 70 Pf. Wochenbeitrag. Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Hannover. H. Johannes Schuhmacher, Gartenstraße 2a 11.

Sterbetafel.

Elberfeld. Am 15. September verstarb unser Mitglied Josef Fegler im Alter von 66 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Verfammlungskalender.

Berlin. Branchen-Versammlungen. Geschirrbrenner: Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 15. — Portefeuller- und Reiseartikelbrenner: Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raumbstr. 27. Militärbranche: Mittwoch, den 2. Oktober, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27. — Linoleumleger und Teppichnäher: Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Weichnath, Grünstr. 21. — Wagenbranche:

Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 15. — Eisenmöbel- und Lederfabrikarbeiter: Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Grabischen Vereinshaus“, Alexandrienerstr. 41.

Bonn. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“, Mühlstr. 52.

Bremerhaven. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Bayerischer Hof“, Langestr. 18.

Breslau. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Grünes Bergel“, Kupferhämmerstr. 29.

Cheumnitz. Freitag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Meißner“, Nachbiser Straße 8.

Göthen. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 1.

Griart. Dienstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, „Zwoli“, Magdeburger Straße.

Gießen-Kuhr. Samstag, den 5. Oktober, abends 9 Uhr, Rheinischestraße 2.

Gießen. Freitag, den 4. Oktober, abends 6 1/2 Uhr, „Lammeller“.

Helffenkirchen. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volksklub“.

Hera-N. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Michels Lokal“.

Hagen i. W. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Markauer“, Goldbergstraße.

Halle a. S. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volksklub“.

Heilbronn. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Schwäbische Bierhalle“.

Helm. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volksklub“.

Mittelrhein-Kuhr. Mittwoch, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Hohenberg-Dischmal.

München. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Vampgarten“, Jägerstr. 4.

Putzham. Donnerstag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Kaiser-Wilhelmstr. 38.

Remscheid. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Volksklub“.

Wismar. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.

Wetzlar. Sonnabend, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Kämpfe, Schützenstraße.

ANZEIGEN

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Fernsagenossen Deutschlands, E. G. 64 zu Berlin.

Quartalsversammlungen.

Gießen-Kuhr. Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 11 Uhr, Restaurant Schüring.
München. Samstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 5. Oktober 1912:

Feier des 23. Stiftungsfestes

in den vollständig neu renovierten Räumen des „Gewerkschaftshaus“, Engelsufer 15.

Großes Konzert,

ausgeführt vom „Berliner Sinfonie-Orchester“, unter Leitung des Dirigenten Herrn Maximilian Fischer.

Rezitationen,

ausgeführt vom Oberregisseur am Trianon-Theater, Herrn Max Laurence.

Billett 30 Pfg. Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Nach dem Konzert: Großer Ball.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach. In den unteren Sälen bereits von 9 Uhr an Tanz-Programm am Eingang gratis.

Billets sind im Bureau sowie bei den Werkstattevertrauensleuten zu haben.

Das Komitee.

Sattler

welche auf Kupeerkoffer gearbeitet haben, sofort gesucht. **Gebrüder Jörgen, Plauen i. V.**

Verantw. Redakt.: G. Weinschild, Berlin. Verlag: Peter Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Verband der Sattler und Portefeuller. Verwaltungsstelle Hamburg-Altona.

Sonnabend, den 5. Oktober 1912

im Colosseum (Zuh.: Ernst Geeschen) Hohenluft-Gebäude

23. Stiftungsfest

unter freundlicher Mitwirkung des Männergesangsvereins **Delvetta** (M. d. A. S. V.), sowie des beliebten Humoristen Herrn **Kamade**.

==== **Sall und Preiswürfel.** ====

Anfang 8 1/2 Uhr.

Preis der Damenkarte 10 Pf. Herrenkarte 50 Pf. Die Kollegen nebst ihren Damen sowie Gäste ladet freundlichst ein. **Das Festkomitee.**

In Ortschaft (2500 Einwohner, 500 Pferde) ohne Sattlerei und Volkerei, ist schönes

Ladengrundstück

mit großem Obstgarten, Ader, Wiese, umständehalber bedeutend unter Wert, bei 8000 Mk. Anzahlung, zu verkaufen. **Stumpf, Diez (Hsb.).**

Sattler, auf Kupee-Koffer

perfekt, wird zur Beteiligung an einem 17 Jahre bestehenden, machinell gut eingerichteten Geschäft mit Ladengeschäft, mit emigen Tausend Mark gesucht. Werte Chiffren an Franz Schmidt, Lederwaren, Weissenfels a. S., erbeten.

Gesucht a. j. Ort Leute, w. Vertr. hohelieg. Konturrenzl. Neuh. übern. Hoh. Verdienst. Aust. kostent. sof. **Herm. Wolf, Zwickau, Sachsen, Nordstr. 30.**

Lederwaren!

Lederabfälle, Druckknöpfe, Kattun-Nester, Verschleißgegenstände gegen sofortige Kasse kauft **J. Knopf, Berlin N. 58, Danziger Straße 24.**

Bestellen Sie sofort Ihre

Winter-Konfektion

für Herren und Damen bei Versandhaus

Ant. Christ. Diessl, A.-G.,
München A. 46.

Katalog gratis bei Angabe von Name, Stand und Wohnung mit

Zahlungs-System 10

(ohne Anzahlung).

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der **Firma Rieth & Kopp, Offenbach a. M.** Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus zu Offenbach eine wichtige Versammlung aller bei der Firma Rieth & Kopp beschäftigten Werkstat- und Heimarbeiter und -arbeiterinnen statt. Tagesordnung: Die Firma vor der Schlichtungskommission. Alle, ob in Offenbach selbst oder auf den Landorten Wohnenden und für die Firma Beschäftigten werden im eigenen Interesse dringend gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Gau- und Ortsverwaltung Offenbach.**